

Ercheint täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition

Johannisstraße 22.

Verantwortlicher Redacteur:

Vormittags 10-12 Uhr.

Nachmittags 4-6 Uhr.

Bei der Abgabe eingehender Corre-

spenden muß die Beschriftung nicht

fehlen.

Abnahme der für die nächst-

folgende Nummer bestimmten

Preise an Wochenenden bis

5 Uhr Nachmittags, an Sonn-

und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Zul. Anzeigen:

Otto Klemm, Universitätsstr. 22,

Schulze, Katharinenstr. 19, 2,

nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 16,000.

Abonnementspreis vierteljährlich 5 Mk.

incl. Frachtlohn 6 Mk.

bei der Post bezogen 6 Mk.

Jede einzelne Nummer 25 Pf.

Belegexemplar 10 Pf.

Schreiben für Extrablätter

ohne Postgebühr 20 Pf.

mit Postgebühr 45 Pf.

Inserate 5 gepf. Zeilen 20 Pf.

gehört Schriften laut unserem

Preisverzeichnis. - Tabellarische

Tab. nach höherem Tarif.

Kleinere unter dem Rubrications-

tarif die Spalte 40 Pf.

Inserate sind stets an d. Expedition

zu senden. - Redakt. wird nicht

gegeben. - Zahlung pränumerando

oder durch Postwechsel.

№ 317.

Donnerstag den 13. November 1879.

73. Jahrgang.

Im Monat October 1879 erhielten das hiesige Bürgerrecht:

- Herr Graf, Franz Rudolph Bernhard, Dr. med. und Wundarzt.
- Grünberg, Friedrich Oswald, Hausdiener beim Reichsgericht.
 - Hohlfeld, Carl Friedrich, Criminal-Commis.
 - Kranz, Carl, Berathungsbeamter.
 - Sipp, Heinrich Moritz Edgar, Protokollant beim Königl. Amtsgericht.
 - Schumann, Hermann Gustav, Kaufmann.
 - Merkel, Carl Julius, Kaufmann.
 - Mielke, Ernst, Veredelt, Schuhmann.
 - Müller, Carl Hermann, Wirthshändler.
 - Müller, Friedrich Moritz, Agent.
 - Reubaus, Friedrich Hermann, Bademeister an der Königl. Staatsbahn.
 - Reumeyer, Johann Christian Heinrich, Schieferbedeckmeister.
 - Ripke, August Moritz Leopold, Graveur.
 - Santensius, Theodor Hermann, Redacteur.
 - Sommer, Emil Mor, Architekt.
 - Schönberg, Georg Woldegar, Procurist.
 - Rühle, Gottlieb Heinrich, Kofferträger-Vormann bei der Staatsbahn.
 - Schirmer, Hugo, Hausbesitzer u. Steinmetzmeister.
 - Schnabel, Friedrich, Obermaschinenmeister.
 - Schumann, Robert Gottfr. Reinhard, Maler, Holzbildhauer.
 - Seidel, Ernst Gustav, Aufwärter am physik. chemischen Laboratorium.
 - Sommerlatte, Franz Louis Paul, Kaufm.
 - Uhlig, Carl Friedrich, Schuhmann.
 - Sollmann, Friedrich Wilhelm, Schuhmann.
 - Wenzl, Georg Christian, Steinmetz.
 - Wesbahr, Louis, Wirthshändler.

- Herr Bachmann, Bernhard Otto, Schriftföhrer.
- Barge, Johann Heinrich Wilhelm, Stadt-ordensmitglied.
 - Cobes, Alfred Otto, Lehrer.
 - Erneemann, Albert Eduard, Lehrer.
 - Frank, Johann Julius Eduard, Restaurateur.
 - Frevert, Heinrich Gustav Adolf, Hausbesitzer und Wirthshändler.
 - Göhler, Gustav Adolf, Comptoirdiener.
 - Hedrich, Gustav Adolf, Schriftföhrer.
 - Heilmann, Franz Eduard, Handelsmann.
 - Keller, Friedrich Moritz, Lehrer.
 - Kießling, Julius Franz, Lehrer.
 - Kleeberg, Franz Eduard, Lehrer.
 - Kröber, Robert Wilhelm Arthur, Lehrer.
 - Krüger, Carl Hermann, Tischlermeister.
 - Richard, Friedrich Hermann, Expedient.
 - Barthel, Franz Theodor, Kaufmann.
 - Richter, Gottlieb Ernst, Koch u. Speisewirth.
 - Richter, Max Reinhard Albert, Lehrer.
 - Sad, Friedrich Ferdinand, Damenschneidermeister.
 - Schäfer, Carl Friedrich August, Kaufmann.
 - Schindler, Paul Clemens, Beamter bei der hiesigen Armenanstalt.
 - Schneider, Theodor Gottlieb, apoth. Arzt.
 - Schöps, Friedrich Wilhelm, Schulaufm.
 - Sommer, Gustav Arwed, Kaufmann.
 - Steinkopf, Ernst Friedrich, Lehrer.
 - Tittmann, Friedrich Hermann, Lehrer.
 - Ulrich, Hubert Carl, Korbfabrikant.
 - Wolke, Christian Ernst, Productenhändler.
 - Wolfram, Friedrich Wilhelm, Rathregi-Strator.

Bekanntmachung,

Die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Vereinigten Freischule betr.

Diejenigen Eltern, welche für Oden 1880 um Aufnahme ihrer Kinder in die Freischule bei und nachzusuchen gesonnen sind, haben ihre Gesuche von jetzt an bis (spätestens den 22. dieses Monats) auf dem Rathhause in der Schulrepetition, 2. Etage, Zimmer Nr. 8, Nachmittags von 2 bis 6 Uhr persönlich anzubringen und die ihnen vorkommenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig die Zeugnisse über das Alter des anzunehmenden Kindes und den Zeitpunkt vorzulegen. In die untere Classe der Schule können nur Kinder Aufnahme finden, welche zu Oden 1880 das sechste Lebensjahr vollendet und das sechste noch nicht überschritten haben. Kinder, welche schon einige Jahre Schulunterricht genossen haben, können, soweit noch Raum vorhanden, in die oberen Classen der Schule aufgenommen werden.

Leipzig, am 8. November 1879.

Der Schulinspector der Stadt Leipzig.

Sehnert.

Vermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatz.

Die für den 3. December d. J. gefälligte Mittheilung Nr. 12 der obigen Fleischhalle soll zur anderweitigen Vermiethung von diesem Zeitpunkt an unter den üblichen Bedingungen Sonnabend, den 22. d. M., Vormittags 11 Uhr an Rathhause veräußert werden.

Die Versteigerungs- und Vermiethungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Rathhause, 1. Etage, eingesehen werden.

Leipzig, den 10. November 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Stöck.

Öffentliche Plenarsitzung der Handelskammer

Freitag, den 14. November d. J., Abends 6 Uhr in deren Sitzungssaal, Neumarkt 19, I.

Tagesordnung:

- 1) Registrande.
- 2) Bericht des Ausschusses für Bank-, Münz- und Wärendwesen über a) die Zusammenfassung der Handelsgebühren der Leipziger Börse im Wechsel-, Gold- und Effectengeschäft; b) Revision des Regulativs für Notirung der Wechsel-, Gold- und Effecten-Curse.
- 3) Bericht des Ausschusses für Handelsbesetzungsfragen und für Bank-, Münz- und Wärendwesen über den von der Handelskammer zu Braunschweig mitgetheilten Entwurf eines Gesetzes über die Besetzung der zur Veranlagung bestimmten beruflichen Belegstellen.
- 4) Bericht des Ausschusses für Handelsbesetzungsfragen und für Zoll- und Steuerfragen über das von der Handelskammer zu Mannheim mitgetheilte Gutachten, die Vorschriften über Verwendung der Wechselstempelsteuermarken betreffend.
- 5) Bericht des Ausschusses für Zoll- und Steuerfragen über die von der Handelskammer zu Thurn mitgetheilte Petition, Aufhebung des Eintritts der Getreidezölle betreffend.
- 6) Abordnung eines Mitgliedes in den Vorstand der Handelskammer.

Bekanntmachung.

Der von uns am 30. October d. J. zum Restaurationsbetriebe während der Vorstellungen im Alten Stadttheater verpachtete Hüftheater daselbst ist dem Geschäftsbetriebe ausgeschrieben worden und entlassen wir daher in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die übrigen Bieter hiermit ihrer Gebote.

Leipzig, am 10. November 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Stöck.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 12. November.

Der erste Tag der Eisenbahn-Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus hat viel Neues zu dem oft verhandelten Gegenstande kaum beigetragen; die Verhandlung litt nämlich unter dem Umstande, daß ein guter Theil des Themas bereits in den letzten Tagen gelegentlich der Budgetberatung abgehandelt worden war. Die Debatte wurde von der Fortschrittspartei eingeleitet. Der Abg. Bichow sagte noch einmal die bekannten Gesichtspunkte zusammen, die gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen sprechen, und hielt dem zum Lobe verurtheilten Privatbahnen eine Vorrede, die ihre Vorzüge im hellen Lichte erscheinen ließ; an den Uebelständen, welche aus dem Gebiete des Privatbahnenwesens zu Tage treteten, sei lediglich die frühere Regierung, namentlich die Verwaltung des Handelsministers Graf Jepsch schuld. Das „öffentliche Interesse“, auf das man sich bei den Anknüpfungsprojekten immer berufe, sei ein elastischer und viel mißbrauchter Begriff, unter dem sich alle Mögliche rechtfertigen lasse. Die Verstaatlichung solle nur der Regierung dazu dienen, ihre Politik durch die Eisenbahntarife zu unterstützen; Das aber sei eben für ihn das Bedenkliche. Auch auf die etwa zu erlangenden Bürgerrechte lege er keinen großen Werth. Ebenso entschieden wie Bichow für die Privatbahnen, trat der conservative Abg. v. Wedell-Malchow für die Staatsbahnen ein. Doch wies auch er die Forderung von Bürgerrechten keineswegs von der Hand, sondern stellte über diese Frage eine Verständigung in Aussicht, die dann in einem Beschlusse des Hauses der Regierung vorzutragen sei. In Erwiderung auf die Ausführungen des Abg. Bichow ergriff der Minister Weydach das Wort. Die Leistungen der Privatbahnen wolle er nicht geringhalten, allein sie hätten doch noch bedenkend größer sein können, wenn das Eisenbahnenwesen in einer Hand concentrirt gewesen wäre. Die Bezugnahme auf das französische und englische Eisenbahnenwesen wies der Minister als eine keineswegs glückliche zu. Eingehend und vielleicht etwas überreichlich kam der Minister sodann auf die militärische Bedeutung der Eisenbahnen zu sprechen und hob hervor, wie viel mehr sie bei concentrirter Verwaltung noch leisten könnten als in den letzten Kriegen. Und ebenso würden ihre Leistungen für den friedlichen Verkehr weit größere werden. Was seine Tarifpolitik betreffe, so wolle er nur durch Befestigung der Differentialtarife verhindern, daß fernhin die Eisenbahnpolitik die Politik der Durchdringung des Staatsbahnsystems hauptsächlich bereits für entschieden; sie sei bereits mit der Gebietsverweiterung des preussischen Staats entschieden gewesen. Die vorgelegten Verträge seien günstig für den Staat so günstig wie nur

möglich. Daran ergriff das Centrum in der Person des Abg. Reichensperger-Olpe das Wort. Es zeigte sich, daß diese Partei noch immer in der gewissenhaften sachlichen Prüfung begriffen und zu keinem abschließenden Urtheil gekommen ist. Doch war wenigstens der Abg. Reichensperger bestrebt, seinerseits die Richtigkeit des Verstaatlichungs-Projectes hervorzuheben, die besonders in der Beschaffung des Staatscredits und den Schwankungen des Budgets lägen; die Gefahr des Schuldenmachens in unangenehmen, leichtfertiger Ausgaben in glänzigen Jahren sei nicht von der Hand zu weisen. Der national-liberale Abg. v. Egnern schloß die Debatte mit einer Rede für das Staatsbahnsystem. Die Folge der Ablehnung der Verstaatlichung würde die Bildung großer Privatcomplexe sein, die den Verkehr und das materielle Wohl ganzer Landstriche noch in weit höherem Grade angeschlossen beherrschten würden, als es der Staatsregierung möglich sein werde; die unzufriedensten Eisenbahnzustände in Frankreich und England würden auch uns bedrohen sein. Zum Schluß betonte aber auch dieser Redner die Notwendigkeit von Bürgerrechten gegen wechselnde Verwaltungsgewaltigkeiten wechselnder Minister. Hieraus wurde die Debatte vertagt. Die Rede des französischen Vorkämpfers in Berlin, Grafen St. Vallier, nach Paris zu dem Besuche bei dem Reichskanzler beweist jedenfalls, wie eifrig es der Wunsch des Fürsten Bismarck ist, daß Frankreich sich nicht in eine ausschließliche Revanchepolitik verbeuge, sondern seine natürlichen Aufgaben in dem europäischen Staatensystem annehme und weiter fortführe. Für eine solche Politik ist Waddington ein sehr berathener Vertreter. Allerdings ist daher die Stellung Waddington's eine anscheinend auch in besonderer Weise bedrohte. Gerade diese beiden Staatsmänner, Fürst Bismarck und Graf St. Vallier, mögen sich augenblicklich sehr viel zu sagen haben. Die Belgier sind nicht sehr entzückt von den Festungen, welche Frankreich ganz nahe an ihrer Grenze erbaut. Sie wissen sehr wohl, daß man im Zuge ist, einige Kilometer von ihrem in so hohem Grade friedfertigen Lande entfernt vier Gruppen von Forts erster Classe zu errichten: Dintrich, Lille, Valenciennes und Raubange. Frankreich weiß vollkommen, sagen die Belgier, daß wir nicht daran denken können, es anzugreifen. Folglich bedeuten diese Befestigungen keine Drohung für uns; Frankreich muß den Plan entwerfen haben, seine Rache unter Ueberschreitung unserer Territorien zu nehmen. Die Franzosen suchen uns zu beruhigen, indem sie sagen, daß jene Festungen außer Schuß seien, man errichte sie, um zu verhindern, daß die Preußen durch Belgien ziehen, um Frankreich anzugreifen. Alle diese schönen Erörterungen überzeugen aber Niemanden und die Belgier sehen immer besser ein, daß Deutschland für sie eine befreundete und sie

beschützende Nation ist. Derzeit vor mehreren Jahren fand man in Belgien eine fast allgemeine sympathische und vertrauensvolle Stimmung bezüglich Deutschlands und es unterliegt keinem Zweifel, daß die militärischen Maßregeln, welche Frankreich trifft, schließlich dahin führen, auch solche Augen zu öffnen, welche noch der Wahrnehmung der Thatfachen verschlossen sind. Am 6. November hat der ultramontane Abgeordnete Schels in bayerischen Landtag den Antrag auf Einföhrung der Classenlotterie in Bayern gestellt. Der Antragsteller bemerkte, der Vorwurf, daß Justiz der Staatslotterie sei unmoralisch, beruhe auf einer unbegründeten Prätension. In der österreichischen Zahlen- und der norddeutschen Classenlotterie werde trotz des in Bayern geltenden Verbotes sehr stark gespielt. Wenn Sachsen 3,040,000 Mark jährlich aus seiner Classenlotterie herausbringe, dürfe man wohl in Bayern auf einen Gewinn von 4 Millionen Mark rechnen, diese 4 Millionen aber würden zur Deckung des im bayerischen Staatshaushalt vorhandenen Deficits sehr gut zu Statten kommen. Die Erklärung des Londoner „Court Journ.“, daß die Nachricht von einer Verlobung des Großherzogs von Hessen mit der ältesten Schwester des Herzogs von Cumberland unangekündet sei, ist wohl nicht dahin aufzufassen, daß von einer solchen Verlobung überhaupt nicht die Rede gewesen sei. Wenigstens wird behauptet, diese Verlobung sei allerdings in Frage gekommen; der Großherzog von Hessen habe aber die Bedingung gestellt, daß der Herzog von Cumberland seinen Frieden mit der preussischen Regierung mache. Auf diese Eventualität habe sich auch die Reise des Großfürsten-Thronfolgers von Russland nach Genua bezogen, und der Großfürst habe die Absicht gehabt, seinen Besuch an dem Berliner Hofe zu Gunsten jener Ausöhnung zu benutzen. Ist Das richtig, so beweist die nachträgliche Erklärung des Londoner Journalen, daß die deutschen Verhandlungen erfolglos geblieben sind. Entschieden wird Das, wenn, wie berichtet wird, die Thronfolgefrage in Braunschweig von den Verhandlungen grundsätzlich ausgeschlossen bleiben sollte. Es ist recht auffallend, daß Kaiser Franz Josef nicht allein ruhig in Gdöbüll geblieben war, während der Großfürst-Thronfolger von Russland in Genua zum Besuche seines Schwagers, des Herzogs von Cumberland, eintraf, sondern daß auch als Grund des Nichtbesuchs des Großfürsten in Wien die Abwesenheit des Kaisers angeführt wurde. Wenn ein Zusammenreffen mit dem russischen Thronfolger geplant wurde, so war doch die Abwesenheit kein Grund gegen das Zustandekommen desselben. In der That haben auch Anlässe irgend welcher Art vorgelegen, die es als höchst zweifelhaft erscheinen ließen, daß das Zusammenreffen stattfinden werde, und erst

im letzten Augenblicke sind diese Hindernisse beseitigt. Jetzt wurde verabredet, man wolle sich in Wien treffen, jetzt kam Kaiser Franz Josef von Gdöbüll und der Thronfolger von Genua nach Wien, und daher rührt die Veröberung der Ankunst in Berlin. Welcher Art die Hindernisse gewesen sind, darüber fehlt es noch an beglaubigten Nachrichten. Man wird sie aber in politischen Dingen zu suchen haben. Englische Blätter beschäftigen sich neuerer Zeit viel mit den Niederlanden und bestreben sich, den Niederlanden Furcht für die Sicherheit ihrer ostindischen Colonien einzuspielen. Einige sprechen sogar den Wunsch aus, die beiden niederländischen Staaten, Holland und Belgien, wieder vereinigt zu sehen, um dadurch eine Macht herzustellen, in welcher England einen Bundesgenossen auf dem Continente finden würde. Die „Wall Mail Gazette“ hat diesen Gegenstand in einem von Tromp unterzeichneten Artikel besprochen, worin Holland aufgefordert wird, die Ereignisse nicht schlüssig abzuwarten, sondern bei Zeiten Maßregeln zu ergreifen, um nöthigenfalls seine bedrohte Unabhängigkeit zu wahren. Es wird dabei auf das deutsch-österreichische Bündniß als drohend hingewiesen. Das „Amsterdamer Handelsblatt“ erwidert darauf, indem es zugiebt, daß der Bertheiligungszustand Niederlands vernachlässigt sei, aber es sagt dabei, daß man sich auf die Politik Englands in keiner Weise verlassen könne. Staaten wie Holland, Belgien oder Dänemark müssen es sehr bedenken, daß man zu englischen Vorproben und Garantien nicht das mindeste Vertrauen haben könne, denn England würde seine Bundesgenossen sofort fallen lassen, wenn das im augenblicklichen Interesse Englands sei. Die Verabschiedung des bisherigen russischen Vorkämpfers Grafen Schumaloff von London gibt der „Times“ Anlaß zu einem längeren Leitartikel. Den Grund seiner Abberufung anlangend, ist sie der Ansicht, daß dieser weder in einem von seiner Seite im Rathe seines kaiserlichen Herrn dazugebrachten Siege noch in einer etwa dort erlittenen Niederlage zu suchen sei. Es könne kaum angenommen werden, daß er bei seiner Rückkehr nach Petersburg den Fürsten Gortschakoff in dessen Amt ersetzen werde, und noch ungerechtfertigter erscheine die Annahme, daß er über den Gang, welchen die russische Politik jüngster Zeit genommen, angehalten sei. Eine viel naturgemähere Erklärung seiner Abberufung liege in der Auffassung, daß, nachdem er fünf, für die Beziehungen Englands und Russlands höchst ereignisvolle Jahre hindurch den hiesigen Vorkämpferposten versehen, er das Recht erlangt habe, zeitweilig von seinen Mühen und seiner Verantwortlichkeit entlastet zu werden, um vielleicht später zu noch höheren Würden zu steigen. Was das Verhalten des Grafen Schumaloff gegenüber England betrifft, erkennt das leitende Blatt bereitwillig an, daß er,